

Das Land unterstützt die Kommunen

Es ist eine oft berechtigte Kritik, dass auf Bundes- oder Landesebene Beschlüsse gefasst werden und die Städte und Gemeinden dann diese Vorgaben umsetzen müssen und hierfür zu wenig Geld bekommen. Um die Kommunen beim Ausbau der Angebote der Kleinkindbetreuung zu unterstützen, hatte die neue Landesregierung die Grunderwerbssteuer erhöht. Der jetzige CDU-Fraktionschef Hauk hatte übrigens bereits ähnliche Überlegungen angestellt zur Zeit der alten Landesregierung.

Bevor ich zum Geld komme, noch eine grundsätzliche Anmerkung: Jede und jeder, der Kinder hat, kann sich glücklich schätzen, und natürlich ist es wichtig und schön, sich Zeit für seine Kinder zu nehmen beziehungsweise nehmen zu können. Die Eltern sollen selbst entscheiden, ob sie ihre Kinder ganz alleine aufziehen oder eine Tagesmutter einbeziehen oder zeitweise eine Einrichtung mit Erzieherinnen und Erziehern nutzen.

Im Kindergartenalter finde ich es wichtig, dass Kinder auch lernen, sich in größere Gruppen einzubringen, und dass

alle Kinder unseres Landes bereits im Kindergarten Deutsch lernen als wesentliche Voraussetzung für schulischen Erfolg. Die Elternwahlfreiheit in der Kleinkindbetreuung wird vielfältig unterstützt. So bekommen etwa Mütter oder Väter, die nicht berufstätig sind, die gesetzliche Krankenversicherung umsonst oder haben – wenn sie verheiratet sind – Steuervorteile. Für viele Frauen und Männer ist es wichtig, Erziehung, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, sei es aus finanziellen Gründen oder weil es für viele zum Beispiel viel einfacher, ist in Teilzeit im Beruf zu bleiben, als später wieder einen guten Arbeitsplatz zu bekommen. Als Referatsleiter in der Privatwirtschaft

war ich froh, die Vereinbarkeit von Erziehung und Teilzeitarbeit von Mitarbeiterinnen unterstützen zu können.



... der
SPD-Landtags-
abgeordnete
Gernot Gruber

Zurück zur finanziellen Unterstützung der Kommunen: Das Land hat beispielsweise der Gemeinde Sulzbach an der Murr 2012 den Zuschuss von 67 000 auf 176 000 Euro erhöht. Vorbehaltlich einer Datenüber-

prüfung bis März wird der Betrag auf 206 000 Euro steigen – eine Verdreifachung! Die einzelnen Städte und Gemeinden unseres Raumes bekommen für 2013 voraussichtlich folgende Mittel zugewiesen:

Allmersbach im Tal (für Kindergärten: 218 000 Euro/für Kleinkindbetreuung: 233 000 Euro), Althütte (234 000/

160 000), Aspach (398 000/213 000), Auenwald (289 000/309 000), Backnang (1 562 000/699 000), Burgstetten (162 000/173 000), Großerlach (73 000/17 000), Kirchberg (176 000/44 000), Murrhardt (546 000/454 000), Oppenweiler (135 000/133 000), Spiegelberg (64 000/44 000), Sulzbach (209 000/206 000), Weissach im Tal (317 000/330 000).

Die Landesregierung macht auch Ernst mit der anteiligen Unterstützung der Städte und Gemeinden bei der wichtigen Schulsozialarbeit. Backnang erhält 200 400 Euro für die Grundschulen, die Werkrealschulen und die Pestalozzischule, das Weissacher Tal 60 000 Euro für Grundschule und Bildungszentrum Murrhardt 48 000 für die Walterichschule und die Herzog-Christoph-Schule, Sulzbach 26 000 für Grund-, Real- und Förderschule und Oppenweiler knapp 8 000 Euro für die Murrthal-Schule sowie der Landkreis 80 000 Euro für die Berufsschulzentren.